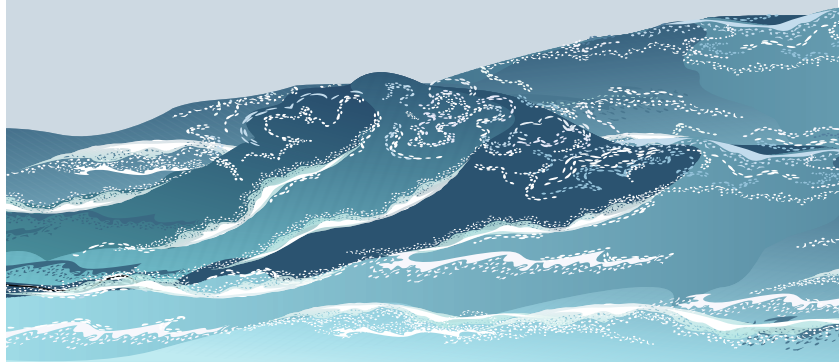
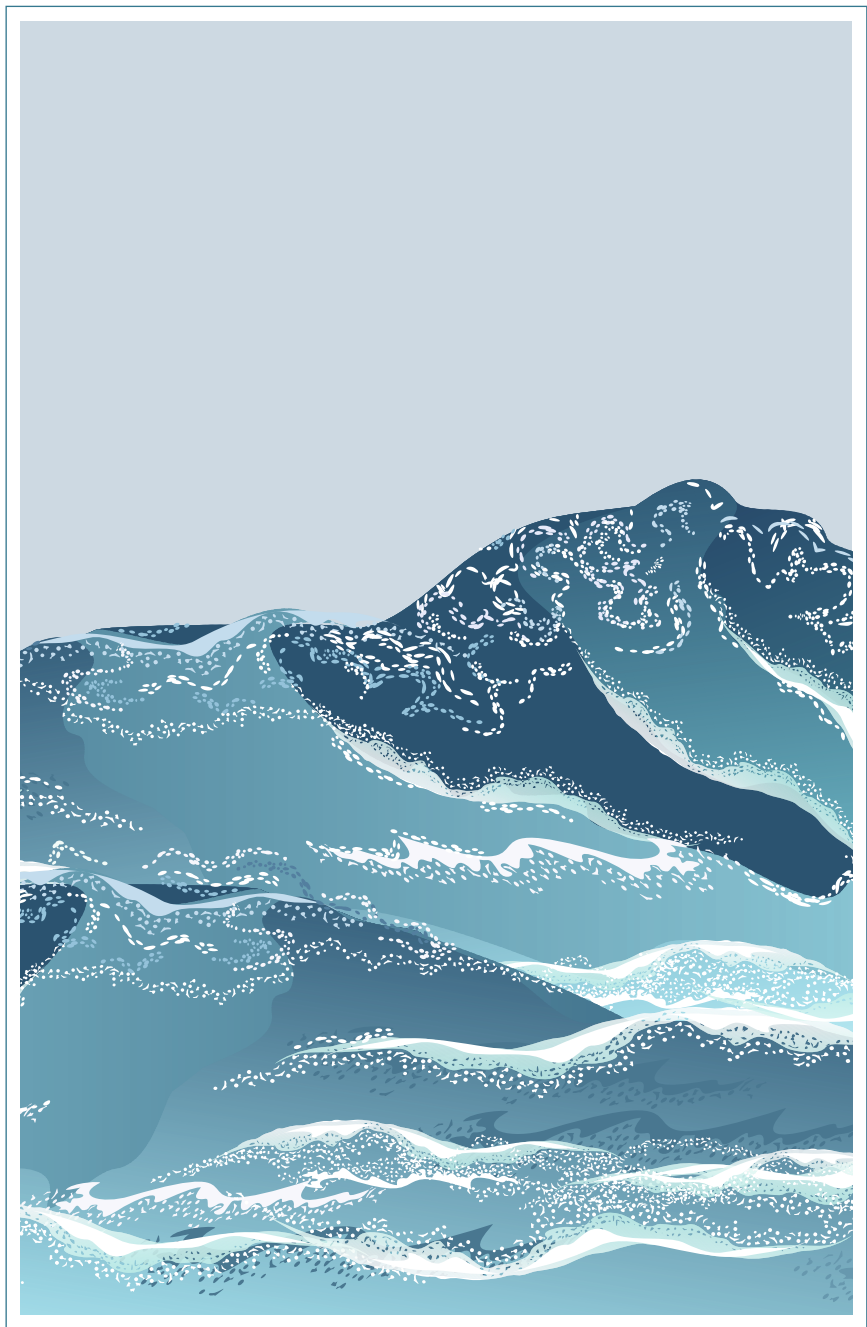


SÜDAMERIKA





Südamerika wird gerne als Vorreiter bei den Rechten der Natur bezeichnet. 2008 verankerte Ecuador als erstes Land der Welt diese in seiner Verfassung. Bolivien folgte dem Beispiel 2010 mit einem nationalen Gesetz, das die Rechte von Mutter Erde zu leben und sich zu regenerieren, die Rechte auf Biodiversität, Wasser, saubere Luft, Balance und Wiederherstellung anerkennt.⁹ Das kolumbianische Verfassungsgericht hat auch die Rechte des Flusses Atrato anerkannt¹⁰, und später auch die anderer Flüsse, Nationalparks und Tiere. Doch das vielleicht berühmteste Beispiel ist die Klimaklage von 25 Kindern und Jugendlichen, die das kolumbianische Verfassungsgericht dazu veranlasste, das Amazonasgebiet auf kolumbianischem Grund als Person anzuerkennen.¹¹ Dieser Fall verdeutlicht, wie sich die Rechte der Natur mit denjenigen zukünftiger Generationen überschneiden können, mit Klimazielen und den Rechten von marginalisierten Gemeinschaften.

In diesem Kapitel schauen wir uns Ecuadors Verfassung sowie den Rechtsstreit zum kolumbianischen Fluss Atrato genauer an.



Das Vilcabamba-Tal in Ecuador

ECUADOR

In der ecuadorianischen Verfassung sind die Rechte für *Pachamama* (Mutter Erde) festgeschrieben.¹² Die Verfassung stützt sich auf den inneren Wert der Natur:

*Die Natur oder Pachamama, in der sich das Leben vermehrt und wo es stattfindet, hat das Recht auf ganzheitliche Achtung ihrer Existenz und auf den Erhalt und die Regeneration ihrer Lebenszyklen, Strukturen, Funktionen und evolutionären Prozesse.*¹³

ARTIKEL 71, VERFASSUNG DER REPUBLIK ECUADOR

Hintergrund

Als Rafael Correa im Januar 2007 zum Präsidenten Ecuadors wurde, berief er die Verfassungsgebende Versammlung ein, um eine

neue Verfassung zu erarbeiten. Ecuadors Wirtschaft stützt sich hauptsächlich auf den Export von Rohstoffen. Die Rohstoffgewinnung hat zu erheblichen Problemen für die Umwelt und das Leben der indigenen Gemeinschaften Ecuadors geführt. Während der Weltwirtschaftskrise 2008 wurde deutlich, dass es einer neuen Regierungsform bedurfte. Mit dieser neuen Verfassung machte Präsident Correa einen konkreten Schritt, um die kaputten Beziehungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu verbessern. Die neue Verfassung wurde per Volksabstimmung am 28. September 2008 mit über 64 Prozent aller Stimmen angenommen.

Weltanschauung

Die Werte und Prinzipien des sogenannten *sumak kawsay* sind die Basis der ecuadorianischen Verfassung. Das geht klar aus der Präambel hervor:

*Wir Frauen und Männer, das souveräne Volk Ecuadors [...],
entscheiden hiermit, eine neue Form des bürgerlichen
Zusammenlebens zu schaffen, in Vielfalt und Harmonie mit
der Natur, für das gute Leben, das sumak kawsay.¹⁴*

Sumak kawsay ist ein altes Wort aus der Quechuasprache, bedeutet »gutes Leben« und gehört zu den Prinzipien der Lehren der indigenen Völker Ecuadors, Perus und Boliviens. *Sumak kawsay* lässt sich nicht ohne Weiteres definieren, kann aber als eine auf das Leben ausgerichtete Philosophie beschrieben werden (ist also »biozentrisch«), welche eine pluralistische Gesellschaft hervorbringt, die am Leben aller partizipiert. Es lässt sich auch als »Wohlbefinden« übersetzen, und meint ein Konzept, das nicht mit der westliche Vorstellung einer nachhaltigen Entwicklung oder Lebensqualität zu verwechseln ist.¹⁵ Der Fokus von *sumak kawsay* liegt nicht auf der

(wirtschaftlichen) Entwicklung, sondern auf ökologischer Nachhaltigkeit, auf Kultur und gemeinschaftsorientierten Ideen, wobei die große Achtung von *Pachamama* als Quelle des Lebens immer eine Rolle spielt. Das gilt auch für die Rechte der Natur.

Anerkannte Rechte

Unter Überschrift II, Kapitel 7 der ecuadorianischen Verfassung, wird das Recht der Natur auf ganzheitliche Achtung ihrer Existenz und ihrer Erhaltung sowie Regeneration ihrer Lebenszyklen, Strukturen, Funktionen und evolutionärer Prozesse anerkannt.¹⁶ Außerdem hat die Natur das Recht auf Wiederherstellung. Dieses Recht ist unabhängig von der staatlichen Verpflichtung, Einzelpersonen und Gemeinschaften, die von gefährdeten natürlichen Systemen abhängig sind, bei Verletzung ihrer Rechte, Entschädigungen zu zahlen.¹⁷

Repräsentation

Gemäß Verfassung können sich alle Einzelpersonen, Gemeinschaften, Völker und Länder bei der Durchsetzung der Rechte der Natur auf die staatlichen Behörden verlassen.¹⁸ Die in der Verfassung festgeschriebenen Rechte sollen für die Natur als Ganzes greifen. Die im Namen der Natur klagende Person ist verpflichtet, die Anwendbarkeit des Gesetzes zu begründen. Dabei kann »Natur« hier sehr offen interpretiert werden. Unter anderem ging es in den Fällen, bei denen sich in Ecuador auf das Recht der Natur berufen wurde, um eine Baumplantage, den Fluss Vilcabamba, Rohstoffabbau in Biodiversitäts-Hotspots, Haifischflossen und einen Kondor namens Felipe.¹⁹

Durchsetzung

Die neue Verfassung bildete die Grundlage für mehr als vierzig Klagen im Namen der Natur, von der über die Hälfte gewonnen wurden. Leider führte dies nicht immer zu einer messbaren Verbesse-

rung des Wohlbefindens der Natur. So auch beim ersten Prozess um den Fluss Vilcabamba.²⁰ Während der Erweiterungsarbeiten an der Vilcabamba-Quinara-Straße wurden große Mengen an Gestein und Ausgrabungsmaterial in den Fluss Vilcabamba eingebracht. Das Projekt lief bereits drei Jahre, ohne dass es Umweltverträglichkeitsprüfungen gegeben hätte. Außerdem ging die Erweiterung mit einem erhöhten Risiko für Überflutungen einher. Der Vilcabamba gewann den Prozess und das Provinzgericht von Loja ordnete mehrere Wiederherstellungsmaßnahmen an. Ein Jahr später, im Jahr 2012, konnte die *Global Alliance for the Rights of Nature* (GARN) jedoch lediglich berichten, dass man Verbotsschilder gegen das Abladen von flüssigen oder festen Abfällen aufgestellt hatte und dass der Fluss nur oberflächlich gesäubert worden war.²¹

Ungeachtet der Verfassungsreformen bleibt Ecuador abhängig von der Rohstoffindustrie, was unabsehbare Folgen für die Umwelt hat. Seit der Verfassungsänderung 2008 wurden verschiedene Gesetze verabschiedet, die im Konflikt mit den Rechten von *Pachamama* stehen.²²

Besonderheiten

Nach Stand von 2022 ist Ecuador das einzige Land der Welt, das die Rechte der Natur in seiner Verfassung festschreibt.

Fazit

Am Beispiel Ecuadors können wir einiges lernen. Erstens, dass selbst so etwas Wesentliches wie eine neue Verfassung nicht automatisch zur Verbesserung der Umweltbedingungen vor Ort führt. Gesetze und Vorschriften zu ändern, reicht nicht aus. Zweitens sind die Prozesskosten trotz der scheinbar demokratischen Idee, jeder könne im Namen der Natur klagen, nur für die Wohlhabenden erschwinglich. Im Falle Vilcabamba zum Beispiel standen amerikani-

sche Landbesitzende hinter der Klage. 2021 hängt Ecuadors Wirtschaft noch immer vom Bergbau und dem Export von Bodenschätzen ab, und Umweltaktivisten haben in Südamerika keinen guten Stand. Zusammenfassend kann man sagen, dass in der Praxis nur Personen und Organisationen mit Macht und Geld Möglichkeiten haben, im Umweltschutz aktiv zu werden.

Leseempfehlung

Echeverría, H. (2017). *Rights of Nature: the Ecuadorian Case*.
www.researchgate.net/publication/333708922_RIGHTS_OF_NATURE_THE_ECUADORIAN_CASE/link/5d005722a6fdccd-13093f3e2/download



Der Atrato-Fluss in Kolumbien

KOLUMBIEN

In Kolumbien gab es einige interessante Gerichtsentscheidungen hinsichtlich der Rechte der Natur. 2016 wurde der Prozess um den Fluss Atrato ein historischer Präzedenzfall²³:

[...] Beziehungsweise muss die Gerechtigkeit gegenüber der Natur über das menschliche Szenarium hinaus angewandt werden und der Natur ermöglichen, Trägerin von Rechten zu sein. Vor diesem Hintergrund hält es die Kammer für notwendig, einen Schritt in der Rechtsprechung zum verfassungsrechtlichen Schutz einer unserer wichtigsten Quellen der biologischen Vielfalt, des Río Atrato, zu tun. Diese Auslegung findet ihre volle Rechtfertigung im in der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung weitverbreiteten übergeordneten Interesse der Umwelt, das sich aus zahlreichen Verfassungsbestimmungen zusammensetzt, welche

die sogenannte »ökologische Verfassung« oder »grüne Verfassung« darstellen. Diese Bestimmungen ermöglichen eine Bekräftigung der Transzendenz einer gesunden Umwelt und der wechselseitigen Beziehung mit Mensch und Staat.²⁴

§9.3.1, URTEIL T-622/16 (FALL RÍO ATRATO), KOLUMBIANISCHES VERFASSUNGSGERICHT (2016)

Hintergrund

Geklagt hatten lokale Gemeinschaften, die über eine erhebliche Beeinträchtigung des Flussbeckens durch illegalen Bergbau aufgebracht waren. Sie wurden unter anderem von der Nichtregierungsorganisation *El Centro de Estudios para la Justicia Social Tierra Digna* vertreten. Jedes Jahr gelangten Hunderte Tonnen Quecksilber ins Wasser, was zu einer schlimmen Wasserverschmutzung führte. Die Gemeinschaften forderten einen Schutz ihres Rechts auf Leben, Gesundheit, Wasser, Nahrung und auf ein gesundes Lebensumfeld.

Weltanschauung

Das kolumbianische Verfassungsgericht interpretiert das Verfassungssystem so, dass es den Menschen als integralen Bestandteil der Natur und nicht als darüber Herrschenden betrachtet. Um die Welt für künftige Generationen zu bewahren, braucht es sowohl biologische als auch kulturelle Vielfalt, so das Gericht. Daher muss die Natur als mit Rechten ausgestattetes Subjekt angesehen werden, wodurch dem Fluss Atrato Rechte zukommen.²⁵

Anerkannte Rechte

Das Verfassungsgericht erkannte die Rechte des Río Atrato auf Schutz, Bewahrung, Instandhaltung und Selbstwiederherstellung (des Flusses) an. Damit ging eine Erweiterung der Rechte lokaler (menschlicher) Gemeinschaften auf einen gesunden Lebensraum

einher. Das Gericht ordnete außerdem eine Einführung von Sozial- und Umweltprogrammen für toxikologische und epidemiologische Untersuchungen durch verschiedene staatliche, regionale und kommunale Behörden an sowie die Einstellung der illegalen Bergbau- und Abholzungsaktivitäten entlang des Atrato-Flussbeckens. Unter anderem sollten Entwicklungspläne zur Wiederherstellung von Gemeinschaften und der Ernährungssicherheit erarbeitet werden ebenso wie zum Schutz vor anderen Menschenrechtsverletzungen, darunter weitere Vertreibung.

Repräsentation

Laut Verfassungsgericht stellte die Situation gravierende Verletzungen der Menschenrechte der um den Fluss lebenden ethnischen Gemeinschaften dar. Um diese zu beheben, ordnete das Gericht unter anderem die Berufung zweier Repräsentanten für den Río Atrato an, einen aus der Regierung und einen aus der lokalen Gemeinschaft. Diese sollten in den drei Monaten nach Urteilsverkündung ein umfassenderes Vertretergremium einrichten, das von einem beratenden Team unterstützt wurde, in dem unter anderem das Humboldt-Institut vertreten waren sowie der WWF Kolumbien und alle weiteren öffentlichen oder privaten Akteure, Universitäten, akademische Forschungszentren, Umweltorganisationen oder zivilgesellschaftliche Organisationen, die teilnehmen wollten.

Durchsetzung

Nach der Entscheidung wurde eine Organisation namens *Cuerpo Colegiado de Guardianes del Atrato* (Kollegialorgan der Hüter von Atrato) eingerichtet, die unter anderem zu dem Urteil informieren sollte.²⁶ Die Organisation besteht aus sieben Ortsbehörden und Minderheitenvertretenden aus den Ufergemeinschaften. Sie alle haben einen »guardiane«, einen Hüter, ernannt, sodass die Organisa-

tion insgesamt aus 14 Repräsentierenden besteht. Die Organisation *Cuerpo Colegiado de Guardianes del Atrato* bildet zusammen mit dem kolumbianischen Umweltministerium die rechtliche Vertretung des Río Atrato. 2021 erarbeiteten sie gemeinsam einen Aktionsplan gegen die Verschmutzung des Flusses und seiner Umgebung.²⁷

Besonderheiten

Der Prozess um den Fluss Atrato war erst der Anfang, was die Rechte der Natur in Kolumbien angeht. 2017 bestimmte das dortige Verfassungsgericht, dass Tiere Rechte haben, und erkannte in einem spezifischen Fall die Rechte eines Andenbären an.²⁸ In einem Urteil des ersten Strafgerichts des Bezirks Cartagena wurde die Verantwortung des kolumbianischen Staates für den Schutz und den Erhalt des Lebens der Bienen als Bestäuberinnen festgestellt.²⁹

Danach erhielten auch das Hochland von Pisba, der kolumbianische Amazonas, der Totasee und mehrere Flüsse und Nationalparks in Kolumbien, die unter anderem von Abholzung, Ausbeutung von Rohstoffen und Verschmutzung betroffen waren, den Status als Rechtssubjekte.³⁰ Der Fall des Amazonas ist besonders wichtig, denn das Verfassungsgericht berücksichtigte sowohl die Rechte der Natur, als auch die Rechte zukünftiger Generationen.³¹

Fazit

Am Beispiel Kolumbiens zeigt sich, wie das Gericht die Rechte der Natur durchsetzen kann, wenn diese nicht beachtet werden. Der Erfolg lässt sich laut Macpherson und Ventura durch verschiedene Faktoren erklären. Erstens stützte das kolumbianische Gericht seine Urteile auf internationale Beispiele zu den Rechten der Natur; Urteile, die auch mit einer Analyse internationaler und nationaler Gesetze sowie von Literatur einhergingen. Zweitens verfügt Ko-

lumbien über ein starken verfassungsrechtlichen Rahmen hinsichtlich der Rechte für Umwelt und der indigenen Bevölkerung, der auf Prinzipien wie Solidarität, Generationengleichheit und sozialem Wohlstand beruht. Zu guter Letzt werden sich die kolumbianischen Behörden immer stärker bewusst, wie wichtig es für Regierungen und Gemeinschaften ist, für die Rechte der Natur zusammenzuarbeiten.³² Dank dieser Gerichtsurteile, kann Kolumbien beim Entstehen für die Rechte der Natur als eines der führenden Länder betrachtet werden.

Leseempfehlung

Torres Ventura, J. & Macpherson, E. (3.9.2019). *The Tour to Save the World: Colombia wins the Yellow Jersey for the Rights of Nature IUCN*.

www.iucn.org/news/worldcommission-environmental-law/201909/tour-save-world-colombia-wins-yellow-jersey-rights-nature